

**Projektland: Kolumbien****Quartal/Jahr: Januar bis März 2010****Schlagzeilen:**

- **Keine dritte Amtszeit für Uribe**
- **Parlamentswahlen in Kolumbien: Klares Votum für die Politik Uribes**
- **FARC-Geisel Moncayo kommt nach 12 Jahren frei**
- **EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien**

---

***Keine dritte Amtszeit für Uribe***

Das kolumbianische Verfassungsgericht erklärte am Freitag, den 26. Februar 2010, das Gesetz, welches eine Volksbefragung (Referendum) vorsieht, mittels derer in Erfahrung gebracht werden soll, ob die kolumbianische Bevölkerung eine unmittelbare Wiederwahl des amtierenden Staatspräsidenten Álvaro Uribe befürwortet, mit 7 zu 2 Stimmen für nichtig. Mit hin kann sich Uribe am 30. Juni kein drittes Mal zur Wahl stellen; seine Amtszeit geht definitiv am 7. August zu Ende. Uribe ist seit dem Jahre 2002 an der Macht. Im Jahre 2006 wurde Artikel 197 der kolumbianischen Verfassung „per Gesetz“ vom kolumbianischen Kongress „reformiert“, wodurch Uribe seine erste Wiederwahl ermöglicht wurde.

Das Verfassungsgericht erklärte, es seien in erster Line Verfahrensfehler für seine ablehnende Haltung ursächlich gewesen:

- a) Will man eine Volksbefragung realisieren, dann müssen zunächst einmal Unterschriften gesammelt werden. Bei der Unterschriftensammlung sei sechs Mal so viel Geld ausgegeben worden, wie ursprünglich von der Obersten Wahlbehörde (Consejo Electoral) zugestanden wurde.
- b) Der kolumbianische Kongress habe dem Gesetz zugestimmt, ohne vorher das notwendige Zertifikat des Registrators (Registrador Nacional) eingeholt zu haben.
- c) Bei der Unterschriftensammlung sei von einer mittelbaren Wiederwahl (reelección mediata) die Rede gewesen. Thema der Volksbefragung sei jedoch die unmittelbare Wiederwahl des Staatspräsidenten.
- d) Gemäß Artikel 108 der kolumbianischen Verfassung sind die kolumbianischen Abgeordneten bei Abstimmungen dazu verpflichtet, den Willen der Partei, für die sie ins Parlament hineingewählt wurden, zu respektieren. Obwohl sich die Partei „Cambio Radical“ gegen das Referendum ausgesprochen hat, hätten fünf (Ex-)Abgeordnete dieser Partei zu Gunsten des Referendums votiert. Dass diese fünf Abgeordneten einen Tag vor der

Abstimmung zur „Partido de la U“, der Partei von Staatspräsident Álvaro Uribe, übergewechselt sind, sei unerheblich.

- e) Das Verfassungsgericht habe der „Reformierung“ des Artikels 197 der kolumbianischen Verfassung „per Gesetz“ nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass keine weitere unmittelbare Wiederwahl Uribes folgen werde, da sonst die Gefahr einer Aushöhlung des Rechtsstaats bestünde.

Noch vor wenigen Monaten dachte die Mehrheit der Analisten und Journalisten, dass das kolumbianische Verfassungsgericht nicht über genügend Unabhängigkeit verfüge, um sich gegen das Referendum auszusprechen. Von der Entscheidung des Verfassungsgerichts kann die Botschaft abgeleitet werden, dass die demokratischen Institutionen Kolumbiens funktionieren und dass Kolumbien zu den lateinamerikanischen Ländern gehört, in denen die Demokratie am weitesten entwickelt ist.

Nun kommt es in Kolumbien in den nächsten drei Monaten zu einem der interessantesten Wahlkämpfe in seiner Geschichte. Alle Politiker, welche sich um das Amt des Staatspräsidenten bewerben, sind geeignete Kandidaten. Es handelt sich u.a. um Noemí Sanín (Partido Conservador Colombiano), Antanas Mockus (Partido Verde), Rafael Pardo (Partido Liberal), Gustavo Petro (Polo Democrático), Juan Manuel Santos (Partido de la U) und Germán Vargas (Cambio Radical). Die besten Chancen, Uribe im Amt des Staatspräsidenten nachzufolgen, werden Juan Manuel Santos eingeräumt.

Internationale Wirtschaftsanalisten sind der Meinung, dass sich die Entscheidung des kolumbianischen Verfassungsgerichts positiv auf das Investitionsklima in Kolumbien und mithin auf die kolumbianische Wirtschaft auswirken werde. Die Investoren hätten nun mehr Vertrauen in die staatlichen Institutionen Kolumbiens und verspürten deshalb größere Rechtssicherheit.

Nichtsdestoweniger gilt es anzumerken, dass sich die kolumbianische Wirtschaft unter Uribe im Großen und Ganzen positiv entwickelt hat. So verzeichnete Kolumbien im Jahre 2007 ein reales Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent. Die Inflationsrate sank von 6,99 Prozent im Jahre 2002 auf 2,0 Prozent im Jahre 2009. In den letzten acht Jahren konnten die Exporte verdreifacht werden (2002: 11.975 Millionen USD; 2008: 37.626 Millionen USD; 2009: 32.853 Millionen USD) und die ausländischen Direktinvestitionen beliefen sich teilweise auf über 10 Milliarden USD.

### ***Parlamentswahlen in Kolumbien: Klares Votum für die Politik Uribes***

Am 14. März fanden in Kolumbien Parlamentswahlen statt. Es wurden 268 Kongressabgeordnete (Periode 2010 - 2014) und 5 Abgeordnete des Andenparlaments (Periode 2010 - 2014) gewählt. Zudem hatte die kolumbianische Bevölkerung die Gelegenheit, die Präsidentschaftskandidaten der Partido Verde und der Partido Conservador Colombiano zu bestimmen.

In 10.376 Wahllokalen stellten sich 842 Kandidaten für den Senat, 1.634 Kandidaten für das Repräsentantenhaus und 63 Kandidaten für das Andenparlament zur Wahl. 29.852.099 Kolumbianer waren wahlberechtigt; die Wahlbeteiligung lag bei ca. 45%. 237.500 Polizisten und Soldaten gewährleisteten die Sicherheit der Wähler.

Der kolumbianische Kongress besteht aus zwei Kammern: dem Senat (102 Senatoren) und dem Repräsentantenhaus (166 Repräsentanten). Er reformiert die kolumbianische Verfassung, erlässt Gesetze und kontrolliert die Repräsentanten der Regierung sowie alle sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Seit 2006 macht der Kongress wegen der Verstrickung zahlreicher Abgeordneter (ca. 30% aller Abgeordneten) in den so genannten „Escándalo de la Parapolítica“ (Skandal um die Einflussnahme des Paramilitarismus auf die Politik) negative Schlagzeilen. Die Politologen Alejo Vargas und Ariel Ávila befürchten, dass sich daran auch in Zukunft nicht viel ändern wird.

Das Wahlergebnis muss als eindeutiges Votum für die Politik des amtierenden Staatspräsidenten Álvaro Uribe Vélez gewertet werden. Momentan bilden die Partido Social de Unidad Nacional (Partido de la U) und die Partido Conservador Colombiano eine Koalition, welche die Politik Uribes unterstützt. Beide Parteien konnten im Vergleich zur Wahl von 2006 klar hinzugewinnen.

Die Partido de la U wurde im Jahre 2005 gegründet, ist ideologisch rechts der Mitte einzuordnen und wird gemeinhin als Partei des amtierenden Staatspräsidenten Álvaro Uribe Vélez bezeichnet. Sie wird von Juan Manuel Santos geführt und ist die bedeutendste politische Kraft Kolumbiens. Juan Manuel Santos werden sehr gute Chancen eingeräumt, Álvaro Uribe Vélez im Amt des Staatspräsidenten nachzufolgen.

Die Partido Conservador Colombiano zählt zu den traditionellen Parteien Kolumbiens. Sie wurde 1849 gegründet und wird derzeit von Fernando Araújo Perdomo angeführt. Die Konservative Partei Kolumbiens rangiert im politischen Bedeutungs-Ranking hinter der Partido de la U auf dem zweiten Platz.

Die beiden Regierungsparteien kommen im neu gewählten Senat auf insgesamt 50 Sitze und haben mithin die absolute Mehrheit knapp verfehlt. Als Koalitionspartner käme die Partido de Integración Nacional – PIN in Frage, welche sich bei den Wahlen vom 14. März überraschenderweise gut geschlagen hat, aber einen äußerst zweifelhaften Ruf genießt.

Die PIN wurde im Jahre 2009 gegründet und ist aus der politischen Bewegung Convergencia Ciudadana hervorgegangen. Sie wird von Samuel Arrieta geführt, unterstützt die Politik des kolumbianischen Staatspräsidenten Álvaro Uribe und besteht in erster Linie aus Familienangehörigen und Freunden von ehemaligen in den „Escándalo de la Parapolítica“ verwickelten Kongressabgeordneten. Die PIN ist infolge der Wahlen vom 14. März zur viertgrößten politischen Kraft Kolumbiens aufgestiegen.

Die Partido Liberal Colombiano zählt zu den traditionellen Parteien Kolumbiens. Sie wurde 1848 gegründet und ist sozialdemokratisch ausgerichtet. Rafael Pardo Rueda, der bei den Präsidentschaftswahlen am 30. Mai für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren wird, führt die Partei. Die Partido Liberal bleibt auch nach den Wahlen vom 14. März die drittgrößte politische Kraft Kolumbiens und mithin die bedeutendste Oppositionspartei.

Das Abschneiden der Partido Cambio Radical bei den Wahlen vom 14. März entspricht in etwa den Erwartungen. Cambio Radical wurde im Jahre 1998 gegründet und ist ideologisch dem Mitte-Rechts-Spektrum zuzuordnen. Die Partei wird von Germán Vargas Lleras geführt, welcher sich bei den Präsidentschaftswahlen am 30. Mai um das Amt des Staatspräsidenten bewerben wird.

Die Partei Polo Democrático Alternativo gehört eindeutig zu den Wahlverlierern. Jaime Dussán Calderón wurde nicht mehr in den Senat hineingewählt und trat daraufhin als erster Vorsitzender der Partei zurück. Teilen von Polo werden gewisse Sympathien für die mit der kolumbianischen Guerilla liebäugelnde venezolanische Regierung von Hugo Chávez nachgesagt, was bei den kolumbianischen Wählern keinen großen Anklang findet. Polo ist ideologisch links einzuordnen und war zumindest bisher die zweitgrößte Oppositionspartei. Sie ist im Jahre 2005 aus dem Zusammenschluss von Polo Democrático Independiente und Alter-

nativa Democrática hervorgegangen und stellt mit Samuel Moreno Rojas den aktuellen Bürgermeister von Bogotá. Gustavo Petro Urrego wird sich am 30. Mai für Polo um das Amt des Staatspräsidenten bewerben.

Die Partido Verde, welche im Jahre 2009 gegründet wurde und aus der Partido Verde Opción Centro hervorgegangen ist, nimmt seit den Wahlen vom 14. März im politischen Bedeutungs-Ranking den siebten Platz ein. Die kolumbianischen Grünen können weder dem linken noch dem rechten Lager zugeordnet werden; sie sind in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt. Geführt wird die Partei von Jorge Eduardo Londoño sowie den drei ehemaligen Bürgermeistern von Bogotá Luis Eduardo „Lucho“ Garzón, Antanas Mockus und Enrique Peñalosa.

Am 14. März hatte die kolumbianische Bevölkerung die Gelegenheit, den Präsidentschaftskandidaten der Grünen zu bestimmen. Es standen Antanas Mockus, Enrique Peñalosa und „Lucho“ Garzón („los tres tenores“) zur Wahl. Antanas Mockus (51,55%) konnte sich klar gegen seine beiden Widersacher durchsetzen.

Die politische Bewegung Movimiento Independiente de Renovación Absoluta – MIRA wurde im Jahre 2000 gegründet und wird von Carlos Alberto Baena geführt. Sie gewann bei den Wahlen vom 14. März 2 Sitze im Senat und wiederholte damit ihr Ergebnis von vor 4 Jahren. MIRA kämpft für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in den politischen Bewegungen und Parteien Kolumbiens, lehnt Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen ab und ist eine der wenigen politischen Bewegungen bzw. Parteien, die weder mit Paramilitärs noch mit Guerilleros in Verbindung gebracht werden können.

Sehr enttäuschend schnitt die politische Bewegung Compromiso Ciudadano por Colombia ab. Sie konnte lediglich einen Sitz im Senat gewinnen. Compromiso Ciudadano wurde im Jahre 1999 gegründet und wird von Sergio Fajardo geführt. Es fällt schwer, die Bewegung im politischen Spektrum eindeutig einzuordnen. Fajardo machte von 2004 bis 2007 als Bürgermeister von Medellín Furore. Bei den Präsidentschaftswahlen wollen er und seine Anhänger Antanas Mockus von den Grünen unterstützen.

Nachstehend die Ergebnisse der Senatswahlen von 2006 und 2010:

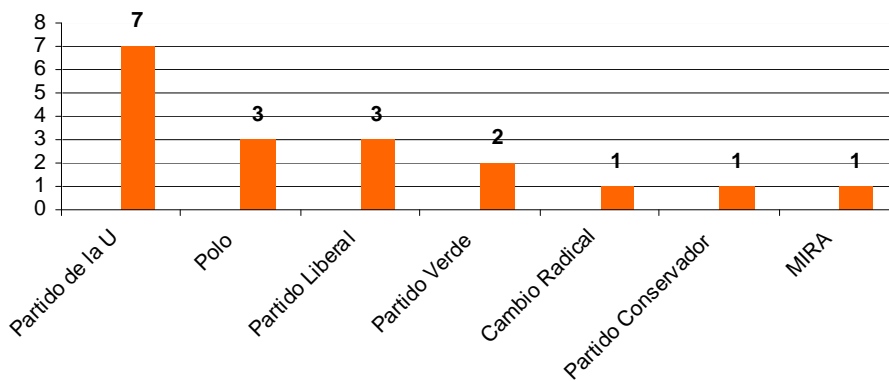
Wahl des Senats 2006		Wahl des Senats 2010	
Partei	Anzahl an Sitzen	Partei	Anzahl an Sitzen
Partido de la U	20	Partido de la U	28
Partido Conservador	18	Partido Conservador	22
Partido Liberal	18	Partido Liberal	17
Cambio Radical	15	Cambio Radical	8
Polo Democrático	10	Polo Democrático	8
Convergencia Ciudadana	7	Partido de Integración Nacional – PIN (vorher Convergencia Ciudadana)	9
Partido Alternativa Liberal de Avanzada Social – ALAS	5	Partido Alternativa Liberal de Avanzada Social – ALAS	-
Colombia Democrática	3	-	-
Colombia Viva	2	-	-
Movimiento Independiente de Renovación Absoluta – MIRA	2	Movimiento Independiente de Renovación Absoluta – MIRA	2
-	-	Partido Verde	5
-	-	Compromiso Ciudadano por Colombia	1
Repräsentanten der	2	Repräsentanten der	2

Comunidades Indígenas insgesamt	102	Comunidades Indígenas insgesamt	102
------------------------------------	-----	------------------------------------	-----

Quelle: Registraduría Nacional del Estado Civil, Datum: 15.03.10, Uhrzeit: 6:23 Uhr

Die Ergebnisse der Wahl des Repräsentantenhauses (Repräsentanten der 33 Regierungsbezirke) liegen bis heute nur fragmentarisch vor. Für Bogotá D.C. ergibt sich die folgende Sitzverteilung:

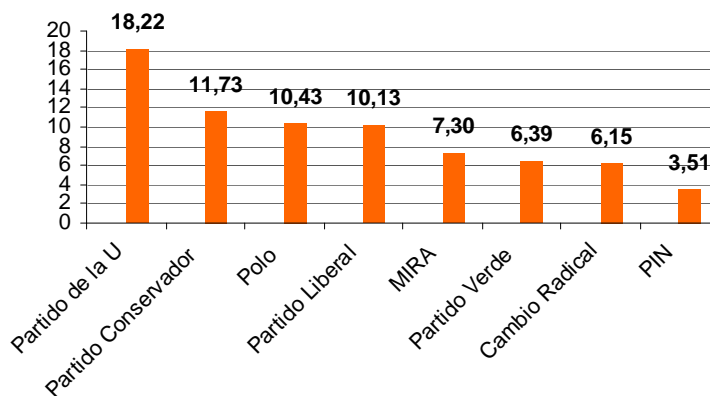
### Wahl des Repräsentantenhauses 2010 - Bogotá D.C. (Anzahl an Sitzen)



Quelle: El Tiempo, 16.03.10

Das Andenparlament (Parlamento Andino), mit Sitz in Bogotá, ist das oberste Entscheidungsorgan der Comunidad Andina de Naciones (CAN). Die CAN besteht momentan aus vier Ländern: Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru. Jedes Land stellt fünf Abgeordnete. Die Repräsentanten Boliviens werden vom bolivianischen Kongress ernannt, die Repräsentanten der drei übrigen Länder werden direkt vom Volk gewählt. Das Parlamento Andino hat in erster Linie die Aufgabe, die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Integration der Mitgliedsländer voranzutreiben. Bei der Wahl der 5 kolumbianischen Abgeordneten des Andenparlaments wurden von den politischen Bewegungen und Parteien die folgenden Ergebnisse erzielt:

### Wahl der 5 Abgeordneten des Andenparlaments 2010 (%)



Quelle: Registraduría Nacional del Estado Civil, Datum: 15.03.10, Uhrzeit: 6:34 Uhr

Auch hier schnitten also die Partido de la U (2 Sitze) und die Partido Conservador Colombiano (1 Sitz) am besten ab, gefolgt von Polo (1 Sitz) und der Partido Liberal (1 Sitz).

Am 14. März hatte die kolumbianische Bevölkerung zudem die Gelegenheit, den Präsidentschaftskandidaten der Konservativen zu bestimmen. Es standen Andrés Felipe Arias, José Galat Noumer, Álvaro Leyva Durán, Martha Lucía Ramírez und Noemí Sanín zur Wahl. Andrés Felipe Arias wird von Álvaro Uribe, Noemí Sanín von Andrés Pastrana, dem Vorgänger Uribes im Amt des Staatspräsidenten, unterstützt. Beide lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, welches Noemí Sanín für sich entscheiden konnte.

Name	Anzahl der erhaltenen Stimmen
Noemí Sanín Posada	1.118.090
Andrés Felipe Arias	1.080.313
Martha Lucía Ramírez	237.196
José Galat Noumer	89.826
Álvaro Leyva Durán	67.432

Quelle: El Tiempo, 20.03.10 (nach Auszählung von 99,18% der abgegebenen Stimmen)

Vor, während und nach der Wahl vom 14. März kam es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten. Stimmenkauf und die Einschüchterung von Wählern, insbesondere durch Paramilitärs, sind in Kolumbien leider immer noch gängige Praxis. Wie kann man es sich sonst erklären, dass eine Partei wie die PIN zur viertstärksten politischen Kraft Kolumbiens aufgestiegen ist.

In den Wahllokalen herrschte teilweise Chaos. Es fehlten Tische, Stühle und Stifte. Mancherorts begann die Wahl mit erheblicher Verspätung. Der Registraduría del Estado Civil, welche für die Durchführung der Wahl und die Auszählung der Wählerstimmen verantwortlich ist, werden schwere Vorwürfe gemacht. Die Verzögerungen bei der Auszählung der Wählerstimmen geben zu Spekulationen Anlass.

Staatspräsident Álvaro Uribe Vélez will zudem untersuchen lassen, ob der Leiter der Registraduría, Carlos Ariel Sánchez, und einige seiner Mitarbeiter gegen das „Ley seca“ verstoßen haben, da diese am Wahltag angeblich Alkohol getrunken haben.

### ***FARC-Geisel Moncayo kommt nach 12 Jahren frei***

Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – FARC haben eine ihrer am längsten festgehaltenen Geiseln freigelassen: Die Rebellen übergaben den vor mehr als 12 Jahren entführten Unteroffizier Pablo Emilio Moncayo an einem geheim gehaltenen Ort im Süden des Landes einer humanitären Delegation. Moncayo, der bei seiner Entführung erst 19 Jahre alt war, machte trotz der langen Gefangenschaft einen äußerlich gesunden Eindruck. Überglücklich wurde er auf dem Flugplatz der Stadt Florencia, 580 Kilometer südlich von Bogotá, von seinen Familienangehörigen in die Arme geschlossen.

Nach seiner Freilassung dankte Moncayo Gott und seinem Vater, der „mit seiner titanischen und unermüdlichen Arbeit“ die Erinnerung an seine Geiselhaft wachgehalten habe. Gustavo Moncayo hatte als „Wanderer für den Frieden“ tausende Kilometer zu Fuß zurückgelegt, damit sein Sohn nicht in Vergessenheit gerät. Er durchquerte Kolumbiens Nachbarländer Ecuador und Venezuela, war in Frankreich, Spanien und Deutschland unterwegs und wurde im Jahre 2007 sogar von Papst Benedikt XVI. in Rom empfangen.

Wenige Tage zuvor hatten die FARC den im April 2009 verschleppten 22-jährigen Soldaten Josué Daniel Calvo freigelassen. Weitere Freilassungen ohne Gegenleistung des Staates

werde es vorerst aber nicht mehr geben, sagte die oppositionelle Senatorin Piedad Córdoba. Sie hatte die beiden Freilassungen durch ihre Vermittlungen ermöglicht. Die FARC möchte die 21 immer noch von ihr festgehaltenen Soldaten und Polizisten gegen ca. 500 inhaftierte Rebellen eintauschen. Uribe hat dies immer wieder abgelehnt und stattdessen auf eine militärische Befreiung gesetzt.



Mit diesem am Rathaus angebrachten Plakat („La libertad es el mayor de los bienes; Die Freiheit ist das höchste Gut“) begrüßte Samuel Moreno Rojas, der Bürgermeister von Bogotá, die beiden Freigelassenen.

Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – FARC wurden im Jahre 1967 von Manuel Marulanda Vélez, alias Tirofijo, gegründet. Es handelt sich um eine marxistische Guerillabewegung, deren ursprünglicher Kampf den Landreformen in Kolumbien galt. Sie bedienen sich terroristischer Mittel; Drogenhandel und Entführungen zählen zu ihren wichtigsten Einnahmequellen. Mittlerweile gelten die FARC als geschwächt. Im Jahre 2008 wurden zwei Mitglieder ihres Führungsstabes getötet. Zudem starb vor knapp zwei Jahren ihr Anführer Marulanda eines natürlichen Todes. Die Zahl der bewaffneten FARC-Rebellen soll laut Regierungsangaben von etwa 20.000 auf nur noch wenige tausend gesunken sein.

### **EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien**

Auf dem EU-Lateinamerikagipfel im Mai soll ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien unterzeichnet werden. Im EU-Parlament regt sich allerdings Widerstand.

Der Andenstaat steht wegen der Verfolgung von Gewerkschaftern international in der Kritik. Kolumbien habe sich verpflichtet, Menschen-, Arbeitnehmer- und Umweltrechte zu fördern und zu schützen, so die EU-Kommission. Doch diese Selbstverpflichtung der kolumbianischen Regierung überzeugt die Kritiker nicht. Laut Angaben des Internationalen Gewerkschaftsdachverbandes wurden von den 76 im Jahre 2008 weltweit ermordeten Gewerkschaftern 49 in Kolumbien getötet.

Das Abkommen, welches jetzt zur Unterschrift vorliegt, hat zudem nichts mehr mit der ursprünglichen Absicht der EU zu tun. Mitte 2007 hatte die EU mit der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru) Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen aufgenommen. Brüssel verfolgt in Lateinamerika die Strategie, nur mit regionalen Bündnissen zu verhandeln, um so die Integration des Subkontinents zu fördern.

Kernpunkte des Abkommens mit der Andengemeinschaft sollten der politische Dialog, die Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie und Entwicklung sowie der Handel sein. Der Andengemeinschaft gelang es jedoch nicht, sich beim Handel auf ein gemeinsames Angebot zu einigen. 2008 gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Seit Beginn des Jahres 2009 wird nun zwischen Kolumbien und der EU bilateral verhandelt. „Das Kernproblem ist, dass wir ursprünglich ein Integrationsprogramm mit diesem Freihandelsabkommen starten wollten, wobei Kolumbien, Bolivien, Ecuador und Peru zusammen eine regionale Stärkung erfahren sollten“, betonte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: Prof. Dr. Klaus Georg Binder  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Erstellt am: 10. April 2010